Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 101/102 (1933)
Heft: 16

Artikel: Preisgabe der Goldwährung - ein Heilmittel?
Autor: Schindler-Huber, D.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-83073

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

INHALT: Preisgabe der Goldwährung — ein Heilmittel? — Ueber Spritzguss. — Wohnhaus Dr. Daniel Chervet in Bern. — Der Stand der Bauarbeiten an der Rheinregulierung Kehl-Istein. — Mitteilungen: Die Revision der elektrischen Ausrüstung von Grosskraftwerken. Eisenbahn-Räumungskrane. Die Wechselstromtechnik im Dienste der Diagnose. Dieselelektrische Motorwagenzüge in Holland. Ein neues Schulhaus Waidhalde in Zürich-Wipkingen. Basler Rheinhafenverkehr. Die Ausstellung „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung". — Nekrologe: Jakob Stamm. Dr. Max Baur. Alfred Wächter. — Wettbewerbe: Graubündner Kantonspital in Chur. — Sitzungs- und Vortrags-Kalender.

Band 102

Der S. I. A. ist für den Inhalt des redaktionellen Teils seiner Vereinsorgane nicht verantwortlich.
Nachdruck von Text oder Abbildungen ist nur mit Zustimmung der Redaktion und nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr. 16

Preisgabe der Goldwährung — ein Heilmittel?

Von D. SCHINDLER-HUBER, Generaldirektor der Masch.-Fabr. Oerlikon.

[Vorbemerkung der Redaktion. Der erfahrene und bewährte Leiter einer unserer schweizerischen Grossfirmen der Maschinen- und Elektro-Industrie hat sich in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 1. Oktober d. J. (Nr. 1763 und Nr. 1763) so klar und überzeugend zu dieser, für unsere gesamte Volkswirtschaft entscheidenden Frage geäussert, dass wir nicht umhin können, mit freundlicher Erlaubnis von Redaktion und Autor, seine beherzigenswerten Darlegungen hier auch dem Leserkreis der „S. B. Z." vorzulegen und sie damit in die grössere Dauerhaftigkeit einer paginierten Zeitschrift überzuführen. Wir tun dies, und dürfen es, trotz des nicht im engern Sinn technischen Charakters des Stoffes, umso lieber, als ja die gegenseitige währungstheoretische Auffassung des Freigeld-Theoretikers Architekt H. Bernoulli schon des öfteren, allerdings etwas verblümt in Anwendungsbeispielen auf Bausubventionsfragen, Erbbaurecht, Bautätigkeit und Preisabbau, in der „S. B. Z." schon wiederholt[1]) zum Ausdruck gelangt ist. Zudem muss sich ja auch der Techniker mehr und mehr mit Wirtschaftsfragen allgemeiner Art befassen.]

I. DIE WIRKUNG AUF HANDEL UND INDUSTRIE.

In einem früheren Aufsatz haben wir gezeigt, dass die Meinung, eine Geldentwertung werde den Export beleben und der Wirtschaft eine Erleichterung bringen, sich bisher in andern Ländern als eine Täuschung erwiesen hat. Wie würde aber die Schweiz unter einer Geldentwertung fahren? Da heute die wichtigsten Währungen der Welt entwertet sind und böse Beispiele gute Sitten verderben, ist eine Prüfung dieser Frage sicherlich an der Zeit. Unter den beiden meistbedrängten Interessengruppen, den Exporteuren und den Schuldnern, sind auch in der Schweiz gewisse Kreise geneigt, sich vom Fallenlassen der Goldwährung eine Erleichterung zu versprechen. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Die Schweiz *importiert* bekanntlich *viel mehr*, als sie ausführt; so hat sie im Jahre 1932 für rund 1800 Millionen Franken eingeführt und nur für 800 Mill. ausgeführt. Bei einer Entwertung des Frankens um 20 % hätten wir rechnungsmässig für die gleiche Einfuhr 25 %, also 450 Mill. Papierfranken mehr bezahlen müssen, während wir für die Ausfuhr im besten Falle 200 Mill. Fr. mehr erhalten hätten. Natürlich würden sich bei einer Frankenabwertung manche Einfuhr- und Ausfuhrposten etwas verschieben, aber wir dürfen als sicher annehmen, dass wir auch bei einer Abwertung des Frankens weit mehr einführen als ausführen werden. Und das Geschäft würde für uns noch ungünstiger, als die Zahlen der Handelsstatistik vermuten lassen.

Die *Preissteigerung,* die eine Geldverschlechterung immer im Gefolge hat, setzt sich bei den verschiedenen Warengruppen in einem sehr verschiedenen Tempo durch. Am schnellsten ergreift sie die börsenmässig gehandelten *Artikel des Welthandels.* Getreide, Baumwolle, Wolle und Seide, Zucker und Kaffee, Gummi, Erdöl und Metalle werden auf der ganzen Welt zu den gleichen Geldpreisen gehandelt, die von Land zu Land nur so weit verschieden sind, als Zölle und Transportkosten einen Preisunterschied bedingen. Jede Geldentwertung setzt sich bei diesen Artikeln in eine sofortige Preissteigerung um. Der amerikanische Konsument muss den im eigenen Lande gewachsenen Weizen so viel teurer bezahlen, als der Dollar entwertet ist, und England muss die Rohstoffe und Lebensmittel aus seinen Kolonien zu den selben Goldpreisen kaufen, die sie auch anderswo auf dem Weltmarkt erzielen könnten. Ausnahmen sind nur möglich, wenn die Preisbildung durch Schutzzölle, Kartelle, Monopole oder andere Faktoren vom Weltmarkt isoliert ist. So hat das Eisen in Amerika bisher kaum einen Preisaufschlag erfahren, weil es dank den Schutzzöllen einen Monopolpreis hat. In Schweden blieb der Preis der zollgeschützten landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz der Geldentwertung nicht nur unverändert, sondern er fiel sogar noch weiter, da die Geldentwertung die Kaufkraft der Konsumenten verringerte. Auch in der Schweiz würden die künstlich hochgehaltenen Milch- und Fleischpreise von der Geldentwertung zunächst unberührt bleiben. Dagegen würde die Schweiz alle Rohstoffe der Industrie, nebst Kohlen, Benzin und Oel, ferner Getreide, Futtermittel, Kaffee, Zucker, Kakao usw. sofort teurer bezahlen müssen.

Dagegen setzt sich bei den *Fertigwaren* eine Preissteigerung infolge der Geldentwertung nur langsam und allmählich durch. Eine Geldentwertung beginnt immer in Zeiten einer Krise, wenn Arbeit und Verdienst knapp sind, und dann ist der Konsument gegen Preiserhöhungen sehr empfindlich. Der Fabrikant von Fertigwaren ist von seiner Kundschaft viel mehr abhängig als der Rohstofflieferant. Eine Schiffsladung Getreide oder Baumwolle kann der Eigentümer nach jedem beliebigen Hafen der Welt dirigieren, wo momentan der beste Preis erzielt wird, und er tut dies auch, aber eine Fabrik von Schuhen oder Nähmaschinen, von Haferflocken oder Teigwaren, eine Bierbrauerei oder eine Seifenfabrik kann nicht plötzlich ihre Produktion auf einen andern Markt werfen, wenn die Preise in der Schweiz unlohnend werden. Sie muss sich den Wünschen und der Kaufkraft ihrer Kunden anpassen. Zudem setzen die *Detailpreise* jeder Aenderung viel mehr Widerstand entgegen. Man kann nicht täglich den Preis von jedem Pfund Mehl oder Kaffee, von jedem Stück Seife und jedem Paar Schuhe, von jedem Möbelstück oder jeder Maschine nach dem Wechselkurs variieren, und man nimmt daher, wie die Erfahrung immer wieder zeigt, bei den Detailpreisen auf die Geldentwertung zunächst gar nicht oder nur ganz ungenügend Rücksicht. Die Statistik zeigt heute, dass der Grosshandelsindex in England um mehr als 30 % höher steht als in Holland, während der Kleinhandelspreis nur um etwa 10 % höher notiert[1]).

Das würde auch in der Schweiz nicht anders sein. Eine Geldentwertung beginnt meistens mit der Erklärung der Regierung, dass zu Preissteigerungen kein Anlass sei, und damit findet sie bei der grossen Mehrzahl der Bevölkerung, bei allen Konsumenten, nur zu willigen Glauben. Denn der Konsument will für sein Geld lieber viel als wenig haben und er will darum nicht zugeben, dass sein Geld sich entwertet habe; er versteift sich darum auf den Grundsatz: Franken gleich Franken, Mark gleich Mark, Pfund gleich Pfund, den auch der Staat in der Rechtsprechung mit allen Mitteln durchzudrücken sucht.

Selbst die Fabrikanten und Händler erliegen der *allgemeinen Suggestion,* dass die Geldentwertung die Preise nicht zu verteuern brauche. Wer sich nicht bewusst ist, dass der Franken mit Goldeinlösung und der Franken ohne Goldeinlösung zwei verschiedene Dinge sind, muss dieser gefährlichen Suggestion notwendig anheimfallen. Bei einer Metallwährung weist man Münzen, die ein Mindergewicht von 2 bis 3 % aufweisen, zurück, beim Papiergeld nimmt man ein Geld, das an der Börse 20 bis 30 % weniger notiert als früher, unbedenklich als vollwertig an. Das scheint auch nicht so gefährlich zu sein, denn die meisten *Kostenfaktoren* der Produktion: Zinsen, Steuern und Eisenbahnfrachten, die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität, gewöhnlich auch die Löhne und Gehälter und die Preise der meisten Inlanderzeugnisse bleiben zunächst in Papiergeld die selben wie in Goldgeld. Die Verteuerung der vom

[1]) Vergl. Band 89 (22. Januar 1927), Band 97 (24. Januar 1931), Band 99 (9. und 30. April 1932), Band 100 (27. August 1932), u. a. O.

[1]) Interessante Zahlenbelege hierfür liefert die nämliche Nr. 1763 der „N. Z. Ztg." in ihrem Handelsteil in einem Bericht über die Entwicklung von Lebenskosten und Löhnen in Japan, U. S. A., England, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Red.

Ausland bezogenen Waren stellt sich daher dem Kleinhandel als eine der zufälligen und gewöhnlich vorübergehenden Preisschwankungen dar, mit denen der vorsichtige Kaufmann immer rechnen muss und die er daher von vornherein in die Preise einkalkuliert. So glaubt er, trotz der Geldentwertung zu den alten Preisen weiter verkaufen zu können. Das ist ein grosser Irrtum, der bei der deutschen Inflation wahre Verheerungen in den Vermögen anrichtete.

Die Tatsache nun, dass infolge einer Geldentwertung die Grosshandelspreise sofort steigen, die Kleinhandelspreise aber stabil bleiben würden, brächte fast alle frei erwerbenden Berufe im Lande zwischen Hammer und Amboss. Für den Bäcker und Konditor würden Zucker, Mehl und Kohlen teurer, für den Schmied das Eisen und die sonstigen Metalle, für den Buchhändler die Bücher, die er grösstenteils aus dem Auslande beziehen muss, für den Wirt die Weine und Spirituosen, die Zigarren und manche Lebensmittel samt der Heizung, für Zeitungen und Buchdruckereien das Papier, für jedes Spezereigeschäft und jeden Konsumverein würde die Mehrzahl ihrer Bezüge verteuert. Die Bierbrauerei müsste fast sämtliche von ihr benötigten Rohstoffe um so viel teurer bezahlen als der Franken entwertet wäre, und in die gleiche Klemme kämen die Schokoladenindustrie, die Teigwarenherstellung, die Industrie der Speisefette und Speiseöle, die Gaswerke, die Baumwoll-, Woll- und Leinenindustrie, und ebenso fast die gesamte Metall- und Maschinenindustrie. Denn die Schweiz erzeugt so gut wie gar keine Rohstoffe im eigenen Lande, sie muss selbst Eisen und Kohle vom Ausland kaufen, und eine Geldentwertung würde sich daher sofort in eine Preissteigerung der gesamten Rohstoffe umsetzen. Wenn sich dann dieser allgemeinen Steigerung gegenüber die Verkaufspreise nicht oder nur ungenügend erhöhen lassen, werden die meisten Industrien, besonders jene, die für das Inland arbeiten, nicht mehr auf ihre Rechnung kommen, und wenn sie weiter zu alten Preisen verkaufen, Vermögen und Reserven verlieren.

Es können selbstverständlich Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe nicht dauernd zu Verlustpreisen arbeiten. Aber es dauert gewöhnlich lange, bis sie erkennen, dass sie in Papiergeld anders rechnen müssen, als in Goldgeld, und noch länger dauert es, bis sie den Mut fassen, den verbündeten Machtfaktoren der Konsumenten, der Regierung und der öffentlichen Meinung Trotz zu bieten und höhere Preise zu fordern. Man muss in der Regel warten, bis das letzte Mitglied eines Gewerbes einsieht, dass es mit den bisherigen Preisen nicht bestehen kann, bevor man eine Preiserhöhung mit Aussicht auf Erfolg durchsetzen kann. So hat die deutsche Industrie während der ganzen Inflationsperiode fast immer zu Verlustpreisen verkauft. Die scheinbaren Riesenpreise, die sie im Ausland und im Inland erzielte, haben in Wahrheit die Gestehungskosten nicht gedeckt und die deutsche Industrie samt der Bankwelt war daher beim Ende der Inflation finanziell so entkräftet, dass sie in aller Welt Geld borgen musste, um die Geschäfte fortsetzen zu können. Niemand in der Schweiz will eine Inflation nach deutschem Muster, aber leider kann sich auch niemand dafür verbürgen, dass eine Geldentwertung, einmal begonnen, an einem bestimmten Punkte mit Sicherheit zum Stillstand gebracht werden kann. Das erfahren heute selbst so mächtige Länder wie England und die Vereinigten Staaten. Es muss auch zu denken geben, dass man nach einer Geldentwertung nur dort verlangt, wo man sie noch nicht gehabt hat. In den ehemaligen Inflationsländern will die Wirtschaft trotz der Krise von einer Wiederholung der Geldentwertung nichts wissen.

Aus diesen Gründen wird es auch begreiflich, warum die *Exportindustrie* von einer Geldentwertung *nirgends* den Vorteil hatte, den das populäre Vorurteil erwartet. Die Exportindustrie hat im Falle einer Geldentwertung ebenso stark erhöhte Materialkosten wie die übrige Industrie und kann nicht zu den selben Preisen in Papierfranken wie in Goldfranken verkaufen, ohne zu Schaden zu kommen. Bei einer Geldentwertung um 20 % in der Schweiz würden sich beispielsweise die Gestehungskosten in der Maschinen-Industrie durchschnittlich um 9 %, in der Seidenindustrie um 14 bis 15 % erhöhen und dies unter der Voraussetzung, dass die Mehrkosten lediglich auf Materialkonto entstehen und die Löhne und Gehälter und andere Ausgabenposten unverändert bleiben. In jedem grossen Unternehmen würden daher die Kosten um Hunderttausende anwachsen, und die sind bei dem heutigen Preisdruck und Ueberangebot auf dem Weltmarkt auch im Export nicht leicht hereinzubringen. Die Amerikaner haben mittlerweile auch erfahren, dass die Hoffnungen auf Steigerung des Exports durch eine Geldentwertung trügerisch sind. Seit dem Beginn der Dollarentwertung ist bisher die Einfuhr nach Amerika viel stärker gestiegen als die amerikanische Ausfuhr. Und in Dänemark hat die Abwertung der Krone bis auf weniger als die Hälfte die auf den Export nach England und anderen Nachbarstaaten angewiesenen Bauern so fürchterlich enttäuscht, dass es beinahe zu einer Revolution gekommen wäre und dass das Land die grössten Opfer auf sich nehmen muss, um die Empörung im Bauernstande zu beschwichtigen.

Der Versuch, durch eine Geldentwertung den Export künstlich zu beleben, ist bisher in Europa und Amerika *überall* misslungen.

II. WIRKUNG AUF SCHULDNER UND GLÄUBIGER.

Häufig verlangt man nach einer Geldentwertung, um die Last bedrängter *Schuldner* zu erleichtern. Bei einem Teil unserer Bauern besteht aus diesem Grunde bereits eine von den Freigeldlern mit Eifer genährte Stimmung gegen die Goldwährung. Man scheint zu glauben, eine Verschlechterung des Frankens um 20 oder 30 % wirke sich sofort als eine Erleichterung der Schuldenlast um den gleichen Prozentsatz aus, und das sei in diesen schweren Zeiten nicht mehr als recht und billig.

Leider wäre die Wirkung eine ganz andere, als diese Leute vermeinen. In Schweden, Dänemark, Norwegen, England hat man bekanntlich die Währung sehr stark verschlechtert, und die Folge war, dass die Zahl der Konkurse ebenso stark in die Höhe schnellte als in der Schweiz. So stieg in Schweden die Zahl der Konkurse von 3066 im Jahre 1930 auf 4436 im Jahre 1932, in Dänemark von 381 auf 617, in England von 4426 auf 4977. Diese Steigerung der Konkurse *trotz* der Geldentwertung ist kein Zufall. Wie schon im ersten Aufsatz ausgeführt, erhöhen sich durch eine Geldentwertung in fast allen Betrieben die Kosten, ohne dass es möglich wäre, die Mehrkosten durch erhöhte Preise auszugleichen. Der Schuldner hat also weniger Geld, die Schulden zu bezahlen als vor der Geldentwertung, und kommt so vom Regen in die Traufe.

Am schlimmsten würde es bei diesem Wechsel unserer *Landwirtschaft* ergehen. Sie verkaufte 1932 nur für etwas mehr als 60 Mill. Fr. an Käse, Kondensmilch und Zuchtvieh ins Ausland, woraus sich rechnerisch bei einer Frankenentwertung um 20 % eine Mehreinnahme von 15 Mill. Papierfranken erzielen liesse, die man aber bei der heutigen enormen Konkurrenz auf dem Weltmarkt schwerlich voll hereinbringen wird. Dagegen kauft die schweizer. Landwirtschaft vom Ausland jährlich für mehr als 100 Mill. Fr. Futtermittel, Kunstdünger, Heu, Stroh, Sämereien, bei welchen Waren sich eine Verschlechterung des Schweizerfrankens fofort in eine entsprechende Preiserhöhung umsetzen wird. Die schweizerische Landwirtschaft verbraucht ihren Anteil an ausländischem Getreide für das Brot, das durch eine Geldentwertung gerade für unsere armen Bergbauern empfindlich verteuert werden müsste, sie verbraucht ausländische Kohlen sowie Eisen und Eisenwaren, Zucker, Kaffee, Tabak, Woll- und Baumwollwaren, die alle mehr oder minder durch die Frankenabwertung einen Aufschlag erleiden müssten. Man darf wohl annehmen, dass die schweizer. Landwirtschaft jährlich für 250 bis 300 Mill. Fr. ausländische Waren konsumiert, was ihr bei einer 20 prozentigen Abwertung des Frankens eine Mehrausgabe

von 60 bis 75 Millionen, bei einer 33-prozentigen Abwertung sogar von 120 bis 150 Mill. Papierfranken aufhalsen würde. Dabei hat sie keine Aussicht, im Inland eine Preiserhöhung ihrer Produkte durchzusetzen. Denn die Preise fast aller ihrer Erzeugnisse sind vom Weltmarkt isoliert und werden dadurch auf dem höchsten Stand gehalten, den der Konsument ertragen kann. Es würde daher der schweizerischen Landwirtschaft genau so gehen, wie es der Landwirtschaft in Schweden, Dänemark und England gegangen ist, wo die Geldentwertung nach dem Zeugnis der landwirtschaftlichen Zeitschriften und nach dem Ergebnis der Statistiken der Landwirtschaft nur vermehrte Ausgaben und gleichbleibende oder sogar verringerte Einnahmen gebracht hat.

In ähnlicher Lage wie die Landwirtschaft ist auch unsere *Hotellerie,* die sich von einer Frankenabwertung sowohl eine Erleichterung der Schuldenlast wie auch eine vermehrte Anziehungskraft auf ausländische Gäste verspricht. Sie würde aber zunächst nur unsichere Hoffnungen für sichere Mehrausgaben eintauschen. Nach Erkundigungen in Fachkreisen darf man die Mehrausgaben, die eine nur 20-prozentige Entwertung des Schweizerfrankens der Hotellerie aufbürden würde, auf mindestens 25 Mill. Fr. jährlich veranschlagen. Um nur diese Mehrausgaben zu decken, müsste der Zustrom inländischer und ausländischer Gäste so stark zunehmen, dass die Hotellerie aus dem Zuwachs einen um 25 Mill. vergrösserten Reingewinn erzielen würde, was die grössten Optimisten kaum erhoffen werden. Die Zahlen machen es wohl begreiflich, dass die ausländischen Hotels von der Geldentwertung nichts profitiert haben, sondern zu Schaden gekommen sind. Schliesslich müsste sich auch die Hotellerie darauf gefasst machen, dass das Ausland den allfälligen Währungsvorteil der Schweiz durch Ausreiseerschwerungen auszugleichen sucht, und dann bliebe der schweizerischen Hotellerie von der Geldentwertung nur der Schaden übrig. Soweit unsere Hotels und das Gastgewerbe auf die inländische Kundschaft angewiesen sind, würde sich die Geldentwertung für sie zweifellos zum reinen Verlustgeschäft gestalten.

In die selbe Klemme würden auch unsere verschuldeten *Industrieunternehmungen* geraten. Sie hätten auf jeden Fall höhere Gestehungskosten auf Materialkonto, ohne Aussicht auf zureichenden höheren Erlös und wären daher noch weniger in der Lage, ihren Schuldverpflichtungen gerecht zu werden als vorher.

Der verschuldete städtische *Hausbesitz* hat ebenfalls von einer Frankenabwertung nichts anderes zu erwarten, als dass sich die Kosten für Nahrung, Heizung und Unterhalt auf manchem Posten verteuern, während die Mieten sicherlich nicht steigen, sondern eher fallen werden. Denn auch die Mieter hätten vermehrte Auslagen für Lebensmittel und Heizung, ohne höhere Einnahmen zu haben, sodass sie für Miete eher weniger als mehr ausgeben könnten.

Wenn wir die Schuldner durch eine Geldentwertung wirksam entlasten wollten, dann müssten wir die Frankenabwertung so weit treiben, dass sie eine allgemeine Preissteigerung auslöst. Nun sind die Preise fast aller Erzeugnisse unserer Landwirtschaft im Durchschnitt fast doppelt so hoch als auf dem Weltmarkt, und wenn wir diese Preise durch eine Geldentwertung wirksam erhöhen wollen, müssen wir den Franken unter die Hälfte seines jetzigen Wertes herabdrücken. Mit einer solchen Politik kämen aber die schweizerischen *Sparer,* worunter viele Landwirte und ihre Angehörigen sind, zu schwerem Verlust. Die Einlagen in schweizerischen Banken und Sparkassen bezifferten sich nach der Statistik der Nationalbank Ende 1932 auf 16,9 Milliarden Franken, wovon etwa vier Milliarden dem Ausland gehören sollen. Es verbleiben also etwa 13 Milliarden schweizerischer Spargelder in Banken und Kassen, wozu noch mehr als eine Millarde angesammelte Prämien in Lebensversicherungen und Pensionskassen kommen, ferner mehrere Milliarden an Titeln öffentlicher und privater Schuldverschreibungen, Hypotheken usw. im privaten Besitz zu rechnen sind. Im ganzen kann man den Betrag der festverzinslichen Ersparnisse in der Schweiz auf etwa zwanzig Milliarden Franken veranschlagen. Eine Entwertung der Währung um fünfzig Prozent würde daher den schweizerischen Sparern einen Verlust von zehn Milliarden Franken aufbürden!

Es ist wohl richtig, dass dieser Verlust nicht sofort in seiner ganzen Grösse fühlbar würde. Wie im ersten Kapitel ausgeführt, nehmen zuerst Industrie und Handel den Schaden aus einer Geldentwertung auf ihre Kappe, indem sie trotz der Steigerung der Rohstoffpreise die Fertigwarenpreise nicht erhöhen. Die Folge davon ist freilich, dass der Konsument und auch der Sparer in die *gefährliche Täuschung* eingelullt werden, dass sie die Geldentwertung nichts angehe. Doch Industrie und Handel können nicht endlos ohne den regulären Verdienst arbeiten, die Fertigwarenpreise müssen den Rohstoffpreisen nachfolgen, wenn die Geldentwertung nicht rückgängig gemacht wird, und damit verschiebt sich das Schwergewicht der Verluste auf Sparer und Gläubiger, und *diese* Verschiebung ist dann unwiderruflich.

Das einzige gute Geschäft würden durch eine Geldentwertung die *ausländischen Schuldner* der Schweiz machen. Die Gesamtguthaben der Schweiz im Ausland, soweit sie auf Schweizerfranken lauten, werden einige Milliarden höher sein als die gesamten Verbindlichkeiten in Schweizerfranken der Schweiz gegenüber dem Ausland. Bei einer Abwertung des Frankens um 25 % würde die Schweiz dem Ausland schätzungsweise eine Milliarde, bei einer solchen um 50 % gar zwei Milliarden Goldfranken schenken. Auch am Zinsendienst würden die ausländischen Schuldner erheblich profitieren. Man kann schätzen, dass die Schweiz vom Ausland jährlich für etwa 350 Mill. Fr. Zinsen zu fordern hat, worauf das Ausland bei einer zwanzigprozentigen Entwertung des Frankens schon siebzig Millionen, bei einer fünfzigprozentigen sogar 175 Millionen ersparen würde. Höchst bedenklich wäre es auch, wenn die Schweiz durch eine Geldentwertung auf den 3,3 Milliarden Guthaben in Deutschland, die durch dessen Transfermoratorium zurückgehalten werden, gegen eine Milliarde Franken verlieren müsste.

Ist es so nötig, dass unseren inländischen und ausländischen Schuldnern ein so grosser Teil ihrer Schulden geschenkt wird? Von den über zehntausend *landwirtschaftlichen Betrieben* des Kantons Luzern haben sich etwa fünfhundert bei der Bauernhilfskasse als überschuldet gemeldet und davon hatte der grösste Teil seine Ueberschuldung sich durch eigenes Verschulden zugezogen. Man wird auch selten einen überschuldeten Betrieb finden, der seine missliche Lage nicht zum guten Teil mitverschuldet hat. Der Landwirt hat den Grund und Boden, der Hausbesitzer das Haus zu teuer gekauft; der Händler oder der Fabrikant hat seine Fähigkeiten überschätzt und hat schneller reich werden wollen als es möglich war. Wenn ihre Spekulation geglückt wäre, hätten die Schuldner den Gewinn mit Vergnügen eingesteckt, wenn es schlecht geht, soll ihnen die Volksgemeinschaft den Schaden abnehmen. Glaubt man, dass die Schweiz bei einer solchen Politik bestehen könnte?

Ueber Spritzguss.

Von Dr. HERMANN CHRISTEN, Winterthur.

In der Eisen- und Metallgiesserei wird beim Abgiessen einer Form — sei es einer Sand-, Lehm- oder Metallform — der Einguss immer voll gehalten. Dadurch erreicht man ein Hochsteigen des flüssigen Metalls in der Form, ein Verdrängen entstehender Gase und der in der Form sich befindenden Luft durch Steiger, durch die poröse Formmasse oder durch Entlüftungskanäle. Ein vollständiges „Auslaufen" der Form wird auf diese Weise möglich.

Beim Spritzgussverfahren ist der Giessvorgang ein prinzipiell anderer. Hier wird das flüssige Metall – Spritzgut – unter hohem Druck — 20, 30, 60 und mehr at — durch eine Düse in die Form gespritzt, so, dass diese vollständig